

---

Gerhard Semrau

## Die Zukunft des Kohlenbergbaus in Deutschland

---

*Gerhard Semrau, geb. 1941 in Wien, Studium der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt/Main, ist Mitglied der Geschäftsführung des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus und Geschäftsführer der Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., Essen.*

---

### Die Stellung der Kohle im deutschen Energiemarkt

Im Jahr 1996 wurde rund ein Viertel des deutschen Energieverbrauchs durch Kohle, überwiegend heimische Kohle, gedeckt. In absoluter Größe wurden 127 Mill. t Steinkohleeinheiten (SKE) Kohle bereitgestellt, davon 70 Mill. t SKE Steinkohle. An deutscher Steinkohle wurden 1996 rd. 54 Mill. t SKE abgesetzt. Hauptabnehmer sind die Stromwirtschaft (rd. 37 Mill. t SKE) und die Stahlindustrie in Deutschland (rd. 14 Mill. t SKE). Die restlichen 3 Mill. t SKE dienen überwiegend der Versorgung des Wärmemarktes. Die Steinkohlegewinnung konzentriert sich auf das Ruhrrevier (1996 = 79 Prozent). Auf das Saarrevier entfielen 15 Prozent der Gesamtförderung. Die weiteren Steinkohlenreviere sind Ibbenbüren und Aachen mit zusammen knapp 6 Prozent. Im ältesten deutschen Revier, dem Aachener Revier, ist im März 1997 die letzte Zeche stillgelegt worden.

Die deutsche Braunkohlenförderung betrug 1996 knapp 57 Mill. t SKE, Der überwiegende Teil der Rohbraunkohle - 1996 waren es rd. 85 Prozent - wird tagesbaunah zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Neben dem Einsatz in Kraftwerken wird die Rohbraunkohle auch zu verschiedensten Produkten weiterverarbeitet wie Briketts, Staub, Wirbelschichtkohle, Trockenkohle und Koks.

In den letzten Jahrzehnten war der Energiemarkt Deutschland durch einen stetigen Wandel gekennzeichnet. Die ersten zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren geprägt durch die starke Expansion des deutschen

Kohlemarktes. In jenen Jahren hatte die deutsche Kohle für den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung eine außerordentlich große Bedeutung. Über 90 Prozent der Primärenergieversorgung wurden durch Kohle gedeckt, davon 70 Prozent Steinkohle und 20 Prozent Braunkohle.

Wendezeiten für die deutsche Steinkohle waren die Jahre 1957/58. Unerwartet brach - nach Jahren des Kohlemangels - die sogenannte Kohlekrise aus. Zunächst als vorübergehendes Problem betrachtet, war doch ein einschneidender struktureller Wandel des Energie- und Kohlemarktes in Gang gekommen. Seitdem hat sich die Energiepalette zunächst über das Erdöl, dann über das Erdgas und später über die Kernenergie wesentlich verbreitert, auch um den bis Ende der siebziger Jahre stark angestiegenen Energiebedarf zu decken. Im Wärmemarkt führten die besseren Verwendungseigenschaften von Öl und Gas zu einem weitgehenden Rückzug der Kohle.

Die Erfahrungen, die die deutsche Kohle mit dem Vordringen von Substitutionsenergien im Westen schon früh machen mußte, haben sich nach der Vereinigung in Ostdeutschland wiederholt. Dort mußte die Braunkohlenförderung seit 1989 um rund zwei Drittel zurückgeführt werden, um die erforderliche Anpassung der Braunkohle an die veränderten Rahmenbedingungen des Energiemarktes zu gewährleisten.

Im Zuge dieser langjährigen Entwicklungen ist die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von Importenergien erheblich gestiegen. Denn im Gegensatz zu den Kohlevorkommen - Deutschland verfügt über 37 Mrd. t SKE gewinnbare Vorräte, davon zwei Drittel Steinkohle und ein Drittel Braunkohle - sind die eigenen Öl- und Gasreserven sehr begrenzt. Im Jahr 1996 wurden 60 Prozent des deutschen Energieverbrauchs durch Importenergien gedeckt. Die Tendenz zu einer weiteren Steigerung der Importabhängigkeit ist absehbar, voraussichtlich auf über 70 Prozent bereits Anfang des nächsten Jahrzehnts. Importabhängigkeit allein ist zwar noch keine Krise, jedoch Indiz bestehender Störanfälligkeit, zumal bei wachsender Tendenz und angesichts der Risiken, die auf den Weltenergiemärkten lasten.

Westeuropa und speziell Deutschland mit seiner großen Abhängigkeit von Energie und Rohstoffen muß die globalen energiewirtschaftlichen Entwicklungen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Eine sichere und zugleich wettbewerbsfähige Energieversorgung ist von existentieller Bedeutung für den Industriestandort Deutschland.

### **Energiepolitische Vorsorge**

In allen modernen Industrieländern hat Energiepolitik einen hohen und strategischen Rang. Jeder Industriestaat, in die globalen Zusammenhänge und Abhängigkeiten eingebunden, hält sich eigene Handlungsmöglichkeiten für die Sicherung seiner Energieversorgung offen. Länder, die über eigene

Ressourcen verfügen, bewahren sich den Zugriff darauf. In Europa ist Kohle der Energievorrat, der am reichlichsten vorhanden ist. Aufgrund der geologischen Bedingungen kann Steinkohle in Europa nicht wettbewerbsfähig gefördert werden. Auch die hohen Umwelt-, Sicherheits- und Sozialstandards tragen dazu bei. Wieviel heimische Steinkohle zur Energiesicherung in Europa beiträgt, ist von der nationalen Energiepolitik der Bergbauländer abhängig.

Immer mehr Nationen, vor allem auch in den aufstrebenden Schwellenländern des Fernen Ostens, richten ihre Nachfrage auf die kostengünstigen Öl- und Gasvorräte. 80 Prozent davon liegen in sehr instabilen Weltzonen. 80 Prozent der Weltbevölkerung werden in den nächsten zwei Jahrzehnten von Energieimporten abhängig sein. Angesichts dieser Konstellation ist eine versorgungspolitisch gebotene Diversifizierung langfristig nur begrenzt möglich.

In Deutschland ermöglichen es die heimischen Stein- und Braunkohlenvorräte sowie die quasi-heimische Kernenergie, die Importabhängigkeit in der Energieversorgung zu begrenzen. Diese Energien sind zugleich Stützpfeiler des ausgewogenen Energiemix in der deutschen Stromversorgung, die zugleich sicher, umweltverträglich und kostenoptimal ist.

Alle heimischen Energien bedürfen der schützenden Hand des Staates:

- Die Kernenergie ist auf den politischen Konsens angewiesen. Es geht um die planmäßige Entsorgung der atomaren Reststoffe. Soll diese Energieform auch auf lange Sicht in Deutschland eingesetzt werden können, so ist die Option für die Entwicklung einer Nachfolgegeneration neuer Atomreaktoren offen zu halten.
- Bei den derzeit niedrigen internationalen Energiepreisen sind die regenerativen Energien - ausgenommen die vorhandenen Wasserkraftwerke - nicht wirtschaftlich. Die Energiepolitik hilft, um einen wachsenden Beitrag der regenerativen Energien zu ermöglichen.
- Zur Sicherung der langfristigen Zukunft der heimischen Braunkohlenförderung hat sich die Landespolitik Nordrhein-Westfalens für den Abbau im Revier Garzweiler II entschieden. Bei der anstehenden Novelle des Energierechts wird es darauf ankommen, der ostdeutschen Braunkohle eine angemessene Übergangsfrist zu gewähren, damit sie sich in einem freien Strommarkt behaupten kann.
- Die deutsche Steinkohle ist seit langem auf die politische Unterstützung und die Gewährung von Kohlehilfen angewiesen, um den Kostennachteil gegenüber der Überseekohle auszugleichen und ihren Beitrag zur deutschen Energieversorgung leisten zu können. Mit der kohlepolitischen Vereinbarung vom 13. März 1997 ist weiterhin für einen wichtigen Beitrag der deutschen Steinkohle - in einem voraussichtlich stabilen Steinkohlenmarkt - Sorge getragen.

## Perspektiven der Steinkohle

Das Prognos-Institut hat im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft (BMWi) Ende 1995 ein Gutachten zu den Perspektiven des Energiemarktes in Deutschland bis zum Jahr 2020 vorgelegt. Danach wird der Primärenergiebedarf in Deutschland langfristig annähernd stabil bleiben. Prognos erwartet, daß die Schrumpfung des Steinkohlenmarktes beendet ist. Dieser Markt wird langfristig rd. 70 Mill. t SKE ausmachen; er ist der größte in Westeuropa.

Im Wärmemarkt wird sich die Steinkohle allerdings nur noch in wenigen Positionen halten können und weiter rückläufig sein. Der Absatz der Steinkohle konzentriert sich auf die Elektrizitätswirtschaft und die Stahlindustrie:

- In der deutschen Stahlindustrie wird die Hochofentechnologie weiter dominieren. Der Koks- und Koksbedarf wird aufgrund technischer Verbesserungen zukünftig etwas geringer sein als heute.
- Die Stromwirtschaft bleibt der wichtigste Einsatzbereich der Steinkohle. Prognos erwartet einen steigenden Bedarf an Kraftwerkskohle auf deutlich über 50 Mill. t SKE/Jahr. Damit wird die Steinkohle Energieträger Nr. 1 für die deutsche Stromversorgung. Maßgeblich dafür sind die günstigen Einstandspreise, ein moderner und umweltfreundlicher Kraftwerkspark und die eigene Ressourcenbasis.

Der Strukturwandel findet zukünftig auf der Angebotsseite statt. Vor allem nach 2000 wird die Steinkohleneinfuhr deutlich gesteigert werden müssen.

Diese Entwicklung liegt begründet in den kohlepolitischen Entscheidungen des 13. März 1997. An diesem Tag hat sich die Bundesregierung mit den Steinkohleländern, der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) und den Bergbauunternehmen auf einen Ranzrahmen zur Unterstützung der deutschen Steinkohle für den Zeitraum 1998 bis 2005 verständigt, durch den der deutsche Steinkohlenbergbau, seine Kunden und Mitarbeiter bis zum Jahr 2005 Planungssicherheit erhalten haben, allerdings in geringerer Größe als bisher. Es wurde eine Rückführung der Kohlehilfen von insgesamt über 10 Mrd. DM in 1996 auf 5,5 Mrd. DM in 2005 vereinbart. Die Finanzierungshilfen werden ab 1998 in einem Gesamtplanfond zusammengefaßt, der sowohl die Mittel für die Absatzsicherung als auch für künftige Stilllegungen umfaßt. In Bonn wurde inzwischen die energiepolitische Vereinbarung vom 13. März 1997 parlamentarisch bestätigt. Bis Ende 1997 soll die gesetzliche Grundlage für die Kohlehilfen bis 2005 auf den Weg gebracht werden.

Im Ergebnis bedeutet die kohlepolitische Vereinbarung, daß der politisch gewollte Anpassungsprozeß zeitlich gestreckt und damit sozialverträglich, d. h. ohne betriebsbedingte Kündigungen, erfolgen kann. Die Folgen für die Bergbauunternehmen, ihre Beschäftigten und die Menschen in den Regionen sind dennoch gravierend. Sie führen zu einem weiteren großen Arbeitsplatzabbau. 48000 Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau müssen bis 2005 auf-

gegeben werden. Einschließlich der Arbeitsplätze im ökonomischen Umfeld des Steinkohlenbergbaus sind insgesamt 110000 Beschäftigte von den Stilllegungen betroffen. Diese großen Anpassungen verteilen sich aber auf einer längeren Zeitschiene, so daß Strukturbrüche vermieden werden. Die Bergbaureviere haben mehr Zeit gewonnen, um die schwierige Aufgabe der Umstrukturierung zu bewältigen. Bei Arbeitslosenquoten von teilweise 20 Prozent und mehr in den Bergbauregionen wären die Folgen einer bruchartigen Entwicklung für die Beschäftigung und die Umstrukturierung katastrophal gewesen. Die Bundesregierung und die Landesregierungen der Kohleländer haben erklärt, daß sie den Anpassungsprozeß des deutschen Steinkohlenbergbaus weiter sozial flankieren werden. Die Anpassungsgeldregelung wird - vorerst bis 2005 - verlängert. Auch an die Belegschaften werden große Anforderungen gestellt. Der diesjährige Tarifvertrag zeigt einmal mehr die Bereitschaft der Mitarbeiter des deutschen Steinkohlenbergbaus, über zusätzliche Freischichten und Lohnverzicht Solidarität zu üben, um die vorhandene Arbeit auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Die Bergbauunternehmen werden weiterhin alle Möglichkeiten zur Rationalisierung und Kostenoptimierung nutzen, um die zurückgehenden öffentlichen Hilfen für einen möglichst hohen Absatz und für die Sicherung möglichst vieler Arbeitsplätze einzusetzen. Durch die geplante Zusammenführung der deutschen Bergbauaktivitäten in einer Deutschen Steinkohle AG (DSK) werden umfangreiche Synergieeffekte im Markt, in der Logistik, im Einkauf und in der Bevorratung ausgeschöpft werden können und zusätzliche Flexibilitäten entstehen. Dennoch müssen in den nächsten acht Jahren sieben bis acht Bergwerke stillgelegt werden, wobei die bekannten Stilllegungskriterien wie vor allem Qualitätswünsche der Kunden, Reichweite der Lagerstätten, Absatzmöglichkeiten und Kosten zugrunde gelegt werden.

Es bleibt aber ein langfristig lebens- und leistungsfähiger deutscher Steinkohlenbergbau, der im Jahr 2005 insgesamt 10 bis 11 Bergwerke umfassen wird. Dann werden in Deutschland mit rd. 36 000 Mitarbeitern etwa 30 Mill. t SKE Steinkohle - 40 Prozent der dann in Deutschland benötigten Steinkohle - gefördert. Die Zusagen bis zum Jahr 2005 implizieren eine Zukunft darüber hinaus. Einen Auslaufbergbau wird es nicht geben. Der Zugang zu den wichtigsten Lagerstätten wird auch für zukünftige Generationen erhalten.

Auch im Steinkohlenmarkt der Zukunft bleiben die deutschen Bergbauunternehmen ein leistungsfähiger und verlässlicher Partner. Ziel ist es, durch eigene Importe den Rückgang der heimischen Steinkohlenförderung auszugleichen, um die Kunden weiterhin aus einer Hand beliefern zu können.

Der Kohlebereich ist zugleich Grundlage für zahlreiche neue Geschäftsfelder – innerhalb und außerhalb der Bergbauunternehmen. In den Beteiligungsbereichen der Steinkohlenunternehmen werden heute schon 53 Prozent des Gesamtumsatzes von 30 Mrd. DM (19%) erzielt; rd. 37 000 Mitarbeiter sind dort beschäftigt. Der Beteiligungsbereich setzt sich im wesentlichen aus

Aktivitäten zusammen, die auf dem Bergbau als Kernbereich aufbauen. Der Beteiligungsbereich wird auch zukünftig weiter gezielt ausgebaut. Dies ist nicht nur unternehmerisch sinnvoll, sondern - wie im Rahmen der kohlepolitischen Vereinbarungen noch einmal klargestellt wurde - ebenso politisch gewollt. Damit leisten die Bergbauunternehmen einen wichtigen arbeits-marktpolitischen Beitrag für die Erneuerung und die strukturelle Stärkung der Bergbauregionen.

Dank des Erhalts der eigenen Kohlebasis können Bergbau und Industrie weiterhin eine komplette Wertschöpfungskette „rund um die Kohle“ anbieten: die Exploration, den Bau und Betrieb von Bergwerken, den Bau von Aufbereitungsanlagen, die Kraftwerkstechnologie, die Umwelttechnologie, die Logistik und die Kohlenchemie. Die Beteiligungsbereiche bauen dabei in hohem Maße auf den Kernkompetenzen im Kohlebereich -technologisches Know-how, qualifizierte Belegschaften, vorhandene Bergbaueinrichtungen - auf.

Weltweit ist die Kohle mit einem Anteil von 40 Prozent Energieträger Nr. 1 in der Stromerzeugung. Bei diesem Anteil an der wachsenden Weltstromerzeugung - in den nächsten 25 Jahren um mehr als 50 Prozent - wird es langfristig bleiben. Bergbau- und Kohletechnologie ist deshalb eine Zukunftstechnologie. Sie trifft auf einen Markt mit enormem Wachstumspotential. Weltweit werden in den nächsten 25 Jahren etwa 30 000 Mrd. US-Dollar in die Energiewirtschaft investiert, davon allein 4000 Mrd. US-Dollar in den Bau und in die Ausrüstung von Bergwerken. Mit der Erschließung eines Teils dieses Marktpotentials können die deutschen Bergbauunternehmen einen wichtigen Beitrag für den Energie- und Technologiestandort Deutschland leisten. Die Bergbauunternehmen werden sich verstärkt international engagieren. Die weitere Internationalisierung bergbaulicher Aktivitäten ist erforderlich, um Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmenssubstanz zu sichern. Die Internationalisierung hilft, daß die Bergbauunternehmen auch in Zukunft aktiv beim Strukturwandel der Region mitwirken können und Arbeitsplätze an Ruhr und Saar sichern.

### **Perspektiven der Braunkohle**

Deutschland ist das mit Abstand größte Braunkohlenförderland der Welt. Die Braunkohlegewinnung konzentriert sich vor allem auf drei Regionen; das Rheinische Revier (mit 55 Prozent der Förderung), das Lausitzer Revier (34 Prozent) sowie das Mitteldeutsche Revier (9 Prozent). Daneben wird in deutlich geringerem Umfang bei Helmstedt in Niedersachsen (2 Prozent) sowie in Hessen und in Bayern (zusammen unter 1 Prozent) Braunkohle gewonnen.

Zum Jahresende 1996 waren im deutschen Braunkohlenbergbau rd. 32 700 Mitarbeiter beschäftigt, davon in den ostdeutschen Revieren rd. 19 000. Der gesamte Personalstand wurde damit im Vergleich zum Jahresdurchschnitt

1989 um rd. 124 000 verringert. Dieser Rückgang erstreckte sich überwiegend auf die neuen Bundesländer.

Auch für die Braunkohle erwartet Prognos bis 2020 mit einem Anteil von knapp 52 Mill. t SKE einen weitgehend stabilen Versorgungsbeitrag, vorausgesetzt, daß der Braunkohletagebau Garzweiler II planmäßig in Betrieb geht. Langfristig ist mit einer Rohkohlenförderung in der Größenordnung von gut 170 Mill. t pro Jahr zu rechnen, wobei der Einsatz in Kraftwerken künftig in etwa konstant bleibt.

In den neuen Bundesländern ist der Wandel zu einer wesentlich stärker als bisher diversifizierten Energiewirtschaft mit einem langfristigen Fördervolumen von 70 bis 80 Mill. t weitgehend abgeschlossen. In Abhängigkeit von der Kraftwerksauslastung wird sich ein jährlicher Bedarf von 60 bis 70 Mill. t Rohkohle für den Einsatz in Kraftwerken ergeben. Darüber hinaus wird die Braunkohle mit jährlich rd. 10 Mill. t eine - wenn auch stark reduzierte - Position in der Kohleveredelung beibehalten. Nach Abschluß des Anpassungsprozesses wird die Zahl der Beschäftigten annähernd eine Größenordnung wie im westdeutschen Braunkohlenbergbau erreichen.

Die Braunkohlenförderung in den alten Bundesländern wird - unter der Voraussetzung der zeitgerechten behördlichen Genehmigung von künftig in Angriff zu nehmenden Tagebauen - keinen wesentlichen Änderungen mehr ausgesetzt sein. Es ist längerfristig eine Produktion von Über 100 Mill. t pro Jahr bei einer Beschäftigtenzahl von rd. 12 000 Mitarbeitern zu erwarten.

### **Heimischer Kohlenbergbau und Umweltschutz**

In Deutschland hat sich der Kohlenbergbau den Anforderungen des Umweltschutzes längst gestellt und aus Vorsorge frühzeitig Verantwortung übernommen. Die Verpflichtung zu einem sparsamen und schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen umfaßt im deutschen Kohlenbergbau den gesamten Bereich der Produktion - von der Gewinnung bis zur Entsorgung. Hierzu gehört die Minimierung der Flächeninanspruchnahme genauso wie die ressourcenschonende Förderung und die Rekultivierung des in Anspruch genommenen Geländes.

Die deutsche Kohle erzielt seit langem, gemeinsam mit den Kohleverstromern, richtungsweisende Erfolge in der Luftreinhaltung. Die 1983 verabschiedete Großfeuerungsanlagen-Verordnung hat zu einem bislang einzigartigen Nachrüstungsprogramm auch der bestehenden Kraftwerke geführt. Mit einem Aufwand von 23 Mrd. DM allein in den achtziger Jahren wurde erreicht, daß deutsche Kohlenkraftwerke bei der Entschwefelung und Entstickung international eine Spitzenstellung einnehmen.

Im Vordergrund der Umweltdiskussion steht derzeit die CO<sub>2</sub>-Frage, insbesondere die bei der Nutzung fossiler Energieträger befürchteten Risiken eines anthropogenen Treibhauseffektes. Wissenschaftliche Klarheit fehlt. Die

klimapolitische Diskussion ist mit neuen Erkenntnissen konfrontiert- Der deutsche Kohlenbergbau bekennt sich gleichwohl zum Prinzip der Vorsorge im Bereich des Klimaschutzes, fordert aber den Einsatz von Maßnahmen, die in jedem Fall eine positive Kosten-Nutzen-Bilanz aufweisen und allen energiepolitischen Zielen Rechnung tragen.

Die Begrenzung des Energieverbrauchs durch Steigerung der Energieeffizienz ist sowohl versorgungs- als auch umweltpolitisch sinnvoll. Dieser Weg wird in Deutschland konsequent beschritten. Die hochentwickelte Kraftwerkstechnologie mit Kohlenfeuerung erreicht bereits Wirkungsgrade von bis zu 43 Prozent (Braunkohle) bzw. 45 Prozent (Steinkohle). Langfristige Zielsetzung ist die weitere Optimierung des Wirkungsgrades auf 50 Prozent. Gegenüber der reinen Stromerzeugung kann in Heizkraftwerken durch die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung) der Gesamtwirkungsgrad noch deutlich erhöht werden. Weitere Verbesserungen des Wirkungsgrades schonen die Energiereserven und vermeiden die Umweltbelastung.

Schon bald nach dem Jahr 2010 werden die Entwicklungs- und Schwellenländer deutlich mehr CO<sub>2</sub> emittieren als die westlichen Industrieländer. Zukünftig muß Klimavorsorge dort verstärkt ansetzen. Das Klimaschutzpotential des deutschen Kohlenbergbaus liegt im Export moderner, umweltfreundlicher Kohlentechnologien und nicht in der Begrenzung des nationalen Einsatzes, etwa durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer. Bei Anwendung der deutschen Kohlenkraftwerkstechnologie weltweit würde mehr CO<sub>2</sub> eingespart als in Deutschland insgesamt emittiert wird. Es ist daher aus umweltpolitischen Gründen sinnvoll, mit einem leistungsstarken deutschen Kohlenbergbau im Rücken diesen Technologien weltweit zum Durchbruch zu verhelfen.

### **Resümee**

Die geopolitische Energieszene steht vor gewaltigen Veränderungen; die Konkurrenz um knappe Energievorräte steigt dramatisch. Prof. Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, schließt noch für dieses Jahrzehnt die nächste Energiekrise nicht mehr aus. In einer offenen Weltwirtschaft wird die Sicherung der Energieversorgung noch wichtiger als zuvor. Die heimischen Energieträger - insbesondere Stein- und Braunkohle - gehören zu einem energiepolitischen Konzept der Vernunft. Die Kohleförderung und -nutzung im eigenen Land ist zugleich Basis für die Entwicklung vielfältiger neuer Technologien und Dienstleistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, deren Bedeutung vor globalem Hintergrund weiter wächst.

Der deutsche Steinkohlenbergbau hat sich den wechselnden Anforderungen der deutschen Kohlepolitik nie verschlossen. Mit Unterstützung der Politik wird er auch weiterhin seinen Beitrag leisten, um die Abhängigkeit von den Weltenergiemärkten zu begrenzen. Mit seinen Beteiligungsbereichen trägt der deutsche Steinkohlenbergbau zudem aktiv zum Strukturwandel bei.



Durch die Braunkohlegewinnung wird der zweite wichtige Zugang zu einer gesicherten Rohstoffbasis in Deutschland gesichert. Er darf nicht in Frage gestellt werden durch eine Diskussion um die Genehmigung der Braunkohlenförderung, die unabhängig von der Wirtschaftlichkeit und der großen Anstrengungen des Braunkohlenbergbaus hinsichtlich des Schutzes der Umwelt geführt wird.